



Antrag

der Fraktion der SPD

Steuerkriminalität den Kampf ansagen

Der Landtag wolle beschließen:

Ein starker Staat braucht eine gerechte Einnahmebasis. Steuerhinterziehung und organisierte Steuer- und Finanzkriminalität fügen dem Staat jährlich Schäden in Höhe vieler Milliarden Euro zu, die für die Finanzierung unseres Gemeinwesens fehlen. Sie gefährden damit massiv die Steuergerechtigkeit sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit untergraben wird. Steuerkriminalität ist dabei häufig das Werk hochprofessioneller Strukturen, die gezielt Schlupflöcher ausnutzen. Bund und Länder brauchen deshalb professionelle und vernetzte Strukturen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen, um entschieden gegen Steuerhinterziehung und -kriminalität vorgehen zu können.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene aktiv für wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung, Steuer- und Finanzkriminalität einzusetzen und eine zeitgemäße Bekämpfung dieser Tatbestände zu ermöglichen. Wichtigste Kernpunkte dabei sind:

1. Einschränkung der strafbefreienden Selbstanzeige

Bei Hinterziehungsbeträgen ab einer bestimmten Höhe soll eine Selbstanzeige künftig nicht mehr automatisch Straffreiheit bringen, sondern nur noch strafmildernd wirken.

2. Einführung einer zentralen, KI-gestützten Plattform für Steuer- und Finanzdaten

Daten verschiedener Finanzbehörden sollen zusammengeführt werden, um verdächtige Muster schneller zu erkennen. Künstliche Intelligenz soll eingesetzt werden, um Risiken, Netzwerke und auffällige Transaktionen automatisiert zu identifizieren.

3. Zentraler Ankauf von Steuerdaten

Der Bund soll künftig zentrale Datensätze mit Hinweisen auf Steuerhinterziehung erwerben können.

4. Hinweisgeber-Portal beim Bundeszentralamt für Steuern

Hinweisgeber („Whistleblower“) sollen Steuerbetrug über eine zentrale Meldestelle anonym melden können.

Auch das Land Schleswig-Holstein ist dabei in der Pflicht, die Steuerverwaltung personell und technisch so aufzustellen, dass sie den bestehenden Herausforderungen gerecht werden kann. Die Ausstattung der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung sind in diesem Zuge spürbar zu verbessern.

Beate Raudies
und Fraktion